

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1971 Ausgegeben am 28. Dezember 1971 123. Stück

- 446.** Verordnung: Feststellung der Zahl der Begabtenstipendien für das Studienjahr 1971/72
447. Verordnung: Änderung des Sprengels des Bezirksgerichtes Radkersburg
448. Verordnung: Vereinfachter Nachweis der Bemessungsgrundlage für die Sonderabgabe von alkoholischen Getränken
449. Verordnung: 36. Änderung der Arzneytaxe
450. Kundmachung: Rechtspersönlichkeit von Gemeinden und Einrichtungen der Evangelischen Kirche
451. Kundmachung: 2. Salinenarbeiter-Kundmachung 1971
452. Kundmachung: Beitritt von Barbados und der Türkei zum Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland
453. Protokoll zur Abänderung des in Wien unterzeichneten Vertrages zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen

446. Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung vom 30. September 1971 über die Feststellung der Zahl der Begabtenstipendien für das Studienjahr 1971/72

Auf Grund des § 23 Abs. 1 bis 3 des Studienförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 421/1969, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 330/1971 wird im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen verordnet:

§ 1. Auf Grund der statistischen Erhebungen über das Studienjahr 1970/71 wird die Zahl der auf die nachstehend angeführten Anstalten entfallenden Begabtenstipendien wie folgt festgestellt:

1. Universität in Wien	953
davon entfallen auf die	
Katholisch-Theologische Fakultät ...	15
Evangelisch-Theologische Fakultät ...	3
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät	189
Medizinische Fakultät	194
Philosophische Fakultät	552
2. Universität in Graz	324
davon entfallen auf die	
Katholisch-Theologische Fakultät ...	7
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät	75
Medizinische Fakultät	79
Philosophische Fakultät	163

3. Universität in Innsbruck	244
davon entfallen auf die	
Katholisch-Theologische Fakultät ...	14
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät	70
Medizinische Fakultät	61
Philosophische Fakultät	98
Fakultät für Bauingenieurwesen und Architektur	1
4. Universität in Salzburg	126
davon entfallen auf die	
Katholisch-Theologische Fakultät ...	12
Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät	28
Philosophische Fakultät	86
5. Technische Hochschule in Wien	418
davon entfallen auf die	
Fakultät für Bauingenieurwesen und Architektur	137
Fakultät für Maschinenwesen und Elektrotechnik	159
Fakultät für Naturwissenschaften ...	122
6. Technische Hochschule in Graz	186
davon entfallen auf die	
Fakultät für Bauingenieurwesen und Architektur	93
Fakultät für Maschinenwesen und Elektrotechnik	68
Fakultät für Naturwissenschaften ...	25

7. Montanistische Hochschule in Leoben ..	30
8. Hochschule für Bodenkultur in Wien ..	71
9. Tierärztliche Hochschule in Wien	25
10. Hochschule für Welthandel in Wien ...	160
11. Hochschule für Sozial- und Wirtschafts-	
wissenschaften in Linz	73
davon entfallen auf die	
Sozial- und Wirtschafts- und Rechts-	
wissenschaftliche Fakultät	72
Technisch-Naturwissenschaftliche Fa-	
kultät	1
12. Akademie der bildenden Künste in Wien	21
13. Hochschule für angewandte Kunst in	
Wien	15
14. Hochschule für Musik und darstellende	
Kunst in Wien	40
15. Hochschule für Musik und darstellende	
Kunst „Mozarteum“ in Salzburg	20
16. Hochschule für Musik und darstellende	
Kunst in Graz	15
17. Philosophisch-Theologische Hochschule	
der Diözese Linz in Linz	3
18. Philosophisch-Theologische Hochschule	
der Diözese St. Pölten in St. Pölten ...	2
19. Theologisch-Philosophische Studienan-	
stalt des Augustiner Chorherren-Stiftes	
in Klosterneuburg	1
20. Philosophisch-Theologische Ordenslehr-	
anstalt Stift Heiligenkreuz	1
21. Philosophisch-Theologische Lehranstalt	
St. Gabriel bei Mödling	1
22. Theologische-Hauslehranstalt der Kapu-	
ziner in Innsbruck	1
23. Philosophisch-Theologische Lehranstalt	
der Tiroler Franziskaner-Provinz in	
Schwaz	1

§ 2. Gemäß § 23 Abs. 3 des Studienförderungsgesetzes werden der Fakultät für Bauingenieurwesen und Architektur der Universität in Innsbruck zehn Begabtenstipendien und der Technisch-naturwissenschaftlichen Fakultät der Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz acht Begabtenstipendien zusätzlich zu den oben angeführten bewilligt.

Firnberg

447. Verordnung der Bundesregierung vom 14. Dezember 1971 über die Änderung des Sprengels des Bezirksgerichts Radkersburg

Auf Grund des § 8 Abs. 5 lit. d des Übergangsgesetzes vom 1. Oktober 1920 in der Fassung des BGBl. Nr. 368 vom Jahre 1925 wird mit Zustimmung der Steiermärkischen Landesregierung verordnet:

Artikel I

Die Verordnung der Bundesregierung vom 12. Jänner 1971, BGBl. Nr. 32, über die Sprengel der in Steiermark gelegenen Bezirksgerichte wird dahin geändert, daß der § 33 wie folgt zu lauten hat:

„§ 33. Der Sprengel des Bezirksgerichtes Radkersburg umfaßt folgende Gemeinden:
Halbenrain, Hof bei Straden, Klösch, Radkersburg, Radkersburg Umgebung, Tieschen.“

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit dem 1. Jänner 1972 in Kraft.

Kreisky	Häuser	Rösch	Broda
Sinowatz	Androsch	Weihls	Staribacher
Frühbauer	Lütgendorf	Kirchschläger	Moser
Firnberg		Leodolter	

448. Verordnung des Bundesministers für Finanzen vom 14. Dezember 1971 über den vereinfachten Nachweis der Bemessungsgrundlage für die Sonderabgabe von alkoholischen Getränken

Auf Grund des § 15 Abs. 4 des Bundesgesetzes vom 27. Juni 1968, BGBl. Nr. 302, über Maßnahmen auf dem Gebiete des Abgabenrechtes und des Familienlastenausgleiches wird verordnet:

Artikel I

1. Im § 2 Abs. 3 erhält der letzte Satz folgende Fassung: „Die bei Außerkrafttreten der Bestimmungen des Artikels IV des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 302/1968 vorhandenen Bestände an alkoholischen Getränken können bei Anwendung der Berechnungsart nach § 2 dieser Verordnung vom Wareneingang des Kalenderjahres abgezogen werden, das jenem vorangeht, in dem die Sonderabgabe nicht mehr erhoben wird.“

2. § 4 hat zu lauten:

„§ 4

Ermittlung der Bemessungsgrundlage bei landwirtschaftlichen Betrieben

(1) Für Wein der Zolltarifnummer 22.05 B kann die Bemessungsgrundlage für den Vorauszahlungszeitraum (Veranlagungszeitraum) wie folgt ermittelt werden:

1. Bei Lieferungen, die nach § 9 Abs. 1 Z. 1 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 302/1968 nicht der Sonderabgabe unterliegen, genügt die Ausstellung und Aufbewahrung eines Beleges über den Weinverkauf, der alle für die Nachweisführung notwendigen Angaben enthält (zum Beispiel eine Rechnungsdurchschrift oder Abrechnung).

2. Bei Lieferungen, die der Sonderabgabe unterliegen, sind Aufzeichnungen fortlaufend zu führen, aus denen der Zeitpunkt und die Menge der Lieferung, das Entgelt und der Zeitpunkt seiner Vereinnahmung hervorgehen. Soweit Lieferungen nicht der Sonderabgabe unterliegen und ein Beleg über den Weinverkauf nach Z. 1 nicht vorliegt, muß aus den Aufzeichnungen auch Name, Anschrift und Beruf des Abnehmers zu ersehen sein.

3. Der Eigenverbrauch kann glaubhaft gemacht werden.

(2) Für alle übrigen alkoholischen Getränke (zum Beispiel Obstwein, Branntwein) kann die Bemessungsgrundlage für den Vorauszahlungszeitraum (Veranlagungszeitraum) auf folgende Weise ermittelt werden:

1. Bei Lieferungen kann die Bemessungsgrundlage für die Sonderabgabe anstelle der gesetzlich vorgesehenen Aufzeichnungen auf eine der in den §§ 1 und 2 angeführten Arten erfolgen.

2. Der Eigenverbrauch kann glaubhaft gemacht werden. Hierzu genügt für den Eigenverbrauch von Branntwein, der monopolabgabefrei für den Hausbedarf hergestellt wurde, die beim Finanzamt abgegebene Hausbrandanmeldung. Als Eigenverbrauch von Branntwein, der unter Abfindung hergestellt wurde, gilt die Differenz zwischen der vom Finanzamt auf Grund der Abfindungsanmeldung errechneten (§ 114 der Brennerordnung) und der verkauften Branntweinmenge.

(3) Ist der Landwirt auch Inhaber eines Gewerbebetriebes, so kann hinsichtlich dieses Betriebes nur eine der in den §§ 1, 2 und 3 angeführten Ermittlungsarten in Betracht kommen.“

Artikel II

Diese Verordnung tritt am 1. Jänner 1972 in Kraft.

Androsch

440. Verordnung des Bundesministers für soziale Verwaltung vom 17. Dezember 1971, mit der die Österreichische Arzneitaxe 1962 geändert wird (36. Änderung der Arzneitaxe)

Auf Grund des § 7 des Gesetzes vom 18. Dezember 1906, RGBl. Nr. 5/1907, betreffend die Regelung des Apothekenwesens wird verordnet:

Artikel I

Die Österreichische Arzneitaxe 1962, BGBl. Nr. 128, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 375/1971 wird wie folgt geändert:

In der Anlage B werden die Preisansätze der nachstehend angeführten Arzneimittel und Gefäße wie folgt festgesetzt:

I. Arzneimittel:

	Gramm	Groschen
Acidum ascorbicum	1	70
Acidum oxalicum (Ergb. 6) ..	10	210
• Aconitinum	0'01	3210
• Aethanolum absolutum	10	180
Aetheroleum Bergamottae (Ergb. 6)	1	220
Aetheroleum Carvi	1	220
Aetheroleum Chamomillae ..	0'1	310
Aetheroleum Citri	1	150
• Aetheroleum Juniperi	1	130
• Aetheroleum Juniperi ligni pro usu externo (Ergb. 6)	10	210
• Aetheroleum Spicae (Ergb. 6) .	1	120
Aetheroleum Valerianae (DAB 6)	1	1110
Aethylmorphinum hydro- chloricum	0'1	470
• Ammonia	100	240
Amygdalae dulces (DAB 6) ..	10	330
• Apomorphinum hydro- chloricum	0'01	110
Aqua Chamomillae (Ergb. 6) .	10	140
• Arecolinum hydrobromicum .	0'01	30
Barium nitricum (Ergb. 6) ...	10	180
Barium sulfuricum	100	570
Benzaldehyd (DAB 6)	10	370
Benzalkonium chloratum	0'1	20
Calcium gluconicum	10	300
Calcium glycerino-phosphori- cum (DAB 6)	10	360
• Cantharidinum *)	0'01	330
Chininum hydrobromicum (Ergb. 6)	1	650
• Chlorophyllum solutum spirituosum *)	1	110
Coffeinum-Natrium benzoicum	1	40
Colophonium	100	720
Cortex Condurango	10	120
• Cortex Frangulae (pulv.)	10	170
Dammar	10	210
Dextrinum	10	160
Diacethylaminoazotoluolum .	1	360
Diacethyldiphenolisatinum ...	0'1	20
Dihydrocodeinum bitartari- cum	0'1	310
• Emulsio ammoniata	100	1700
Extractum Chinae fluidum ..	10	1520
Extractum Colae fluidum	10	700
Extractum Faecis	10	950
Extractum Frangulae fluidum	10	2620
Extractum Hippocastani fluidum *)	10	400

	Gramm	Groschen
• Radix Salep (pulv.)	1	120
• Radix Sarsaparillae (DAB 6)	10	410
• Radix Valerianae	10	100
• Radix Zedoariae (DAB 6)	10	100
• Resina Draconis (Ergb. 6)	1	70
• Resina Sandaraca (Ergb. 6)	10	1130
• Resorcinolum	1	70
• Santoninum	0'1	60
• Semen Arecae	10	110
• Semen Colae (pulv.)	10	70
• Semen Sinapis	10	40
• Sirupus Ipecacuanhae (DAB 6)	10	150
• Solutio Aluminium acetotar-		
tarici	100	620
• Sparteinum sulfuricum		
(Ergb. 6)	0'1	70
• Species diureticae	10	200
• Stipites Cerasorum *)	10	60
• Stipites Dulcamarae (Ergb. 6)	10	50
• Strontium sulfuratum		
(Ergb. 6)	10	620
• Succus Juniperi inspissatus		
(DAB 6)	10	570
• Sulfadiazini Natrium	1	200
• Sulfaguanidinum	1	80
• Tinct. Cajeputi composita		
(Ph. A. VIII El.)	10	340
• Tinct. Convallariae	10	1710
• Tinct. Digitalis lanatae	10	730
• Tinct. Ipecacuanhae	10	1000
• Tinct. odontalgica (Ph. A.		
VIII El.)	10	390
• Tragacantha (pulv.)	1	70
• Tween (R) (40, 60, 80)	1	40
• Ung. Hydrargyri chlorati		
amidati	10	430
• Ung. Hydrargyri chlorati		
amidati (5%) *)	10	290
• Ung. Juniperi (Ph. A. VIII)	10	290
• Ung. leniens	10	140
• Ung. Paraffini *)	10	120
• Ung. Rosmarini compositum		
(DAB 6)	10	470
• Zincum chloratum	10	260

II. GefäÙe:

	Groschen
I. a) Gläser, rund, braun	
2. mit weiter Öffnung	
von mehr als	
100 g bis 200 g Inhalt, das Stück	750
200 g bis 300 g Inhalt, das Stück	890
300 g bis 500 g Inhalt, das Stück	1360

solche von mehr als 500 g für
je 500 g des Inhaltes, das Stück
mehr 540

Artikel II

Die Verordnung tritt mit 1. Jänner 1972 in Kraft.

Häuser

450. Kundmachung des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst vom 26. November 1971 über die Rechtspersönlichkeit von Gemeinden und Einrichtungen der Evangelischen Kirche

Gemäß § 6 des Bundesgesetzes vom 6. Juli 1961, BGBl. Nr. 182, über äußere Rechtsverhältnisse der Evangelischen Kirche, wird kundgemacht:

1. Dem

Evangelischen Verein für Innere Mission in Wien, Niederösterreich und dem Burgenland mit dem Sitz in 1130 Wien XIII, Feldmühlgasse 16,

kommt gemäß § 4 Abs. 1 des zitierten Bundesgesetzes ab 28. Mai 1971 Rechtspersönlichkeit des öffentlichen Rechts zu.

2. Der

Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Enns, mit dem Sitz in 4470 Enns, Eichbergstraße 49,

Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Saalfelden, mit dem Sitz in 5760 Saalfelden, Ramseiden 20,

kommt gemäß § 4 Abs. 1 des zitierten Bundesgesetzes ab 30. Juli 1971 Rechtspersönlichkeit des öffentlichen Rechts zu.

3. Die Umwandlung (Erhebung) der

Evangelischen Tochtergemeinde A. u. H. B. Jenbach zur Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Jenbach

mit dem Sitz in 6200 Jenbach, Bräufeldweg 16,

Evangelischen Tochtergemeinde A. B. Agoritschach zur Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Agoritschach-Arnoldstein

mit dem Sitz in 9601 Arnoldstein, Gailitz 156,

Evangelischen Tochtergemeinde A. u. H. B. Innsbruck-Ost zur Evangelischen Pfarrgemeinde A. u. H. B. Innsbruck-Ost

mit dem Sitz in 6020 Innsbruck-Ost, Gutshofweg 8,

erlangte am 30. Juli 1971 auch für den staatlichen Bereich Rechtswirksamkeit.

4. Die Umwandlung (Erhebung) der Evangelischen Tochtergemeinde A. B. Stadl-Paura-Lambach zur Evangelischen Pfarrgemeinde A. B. Stadl-Paura mit dem Sitz in 4651 Stadl-Paura, Maximilian Pagl-Straße 24, erlangte am 2. August 1971 auch für den staatlichen Bereich Rechtswirksamkeit.

Sinowatz

451. Kundmachung des Bundesministers für Finanzen vom 6. Dezember 1971, mit der die Salinenarbeiter-Lohnordnung 1968 und die Salinenarbeiter-Pensionsordnung 1967 abgeändert werden (2. Salinenarbeiter-Kundmachung 1971)

Mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates vom 6. Dezember 1971 (Gesetz vom 13. April 1920, StGBI. Nr. 180) wird kundgemacht:

Artikel I

Die Salinenarbeiter-Lohnordnung 1968, BGBl. Nr. 264, in der Fassung der Salinenarbeiter-Lohnordnungsnovelle 1969, BGBl. Nr. 236, in der Fassung des Art. I der 1. Salinenarbeiter-Kundmachung 1970, BGBl. Nr. 37, in der Fassung der Art. I und II der 2. Salinenarbeiter-Kundmachung 1970, BGBl. Nr. 221, und in der Fassung der Art. I und II der 1. Salinenarbeiter-Kundmachung 1971, BGBl. Nr. 222, wird wie folgt geändert:

1. Im § 3 hat der 2. Halbsatz des 2. Satzes zu lauten: „wobei als Schichtlohn das Siebenfache des Stundenlohnes zu gelten hat.“

2. Im § 8 Abs. 1 zweiter Satz ist die Zahl „43“ durch die Zahl „42“ zu ersetzen.

3. § 8 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Wenn die Überstunde in die Zeit zwischen 6 Uhr und 22 Uhr fällt, so gebührt dem Salinenarbeiter ein Zuschlag von 50 vom Hundert zum Stundenlohn.“

4. Im § 13 Abs. 1 erster Satz ist die Zahl „43“ durch die Zahl „42“ zu ersetzen. Der zweite Satz hat zu lauten: „Für die 43. bis 1092. versäumte Arbeitsstunde gebühren ihm 90 vom Hundert, für die 1093. bis 2184. versäumte Arbeitsstunde 85 vom Hundert des Stundenlohnes, der im Zeitpunkt der Dienstverhinderung in Betracht kommt.“

Im Abs. 3 ist der Ausdruck „44. bis 1118.“ durch den Ausdruck „43. bis 1092.“, im Abs. 4 der Ausdruck „1119. bis 2236.“ durch den Ausdruck „1093. bis 2184.“ zu ersetzen.

5. Im § 14 Abs. 2 ist die Zahl „43“ durch die Zahl „42“ zu ersetzen, im Abs. 3 der Ausdruck „44. bis 1118.“ durch den Ausdruck „43. bis 1092.“, der Ausdruck „1119. bis 2236.“ durch den Ausdruck „1093. bis 2184.“, im Abs. 4 die Zahl „1118“ durch die Zahl „1092“.

6. Die Lohn tafel (Anlage zur Salinenarbeiter-Lohnordnung 1968, BGBl. Nr. 264, in der Fassung der 1. Salinenarbeiter-Kundmachung 1971, BGBl. Nr. 222) hat zu lauten:

Lohnstufe	Lohnschema I Facharbeiter S	Lohnschema II qualifizierte Arbeiter S	Lohnschema III angelernte Arbeiter S	Lohnschema IV Hilfsarbeiter, Reinigungsfrauen S
1	18.03	15.94	14.61	13.43
2	18.32	16.11	14.82	13.65
3	18.83	16.61	15.26	13.99
4	19.17	17.12	15.67	14.43
5	19.45	17.39	15.94	14.88
6	19.96	17.62	16.22	15.11
7	20.24	17.90	16.44	15.39
8	20.48	18.01	16.73	15.49
9	20.59	18.23	16.84	15.71
10	20.75	18.40	16.94	15.77
11	20.87	18.52	17.06	15.89
12	20.98	18.62	17.17	15.99
13	21.15	18.80	17.34	16.17
14	21.60	19.41	17.96	16.73
15	21.72	19.52	18.07	16.84
16	21.83	19.69	18.12	16.94
17	21.89	19.80	18.23	17.06
18	22.06	19.86	18.34	17.11
19	22.12	19.97	18.52	17.23
20	22.23	20.03	18.62	17.34

Artikel II

Die Salinenarbeiter-Pensionsordnung 1967, BGBl. Nr. 5/1968, in der Fassung der Art. II und III der 1. Salinenarbeiter-Kundmachung 1970, BGBl. Nr. 37, wird wie folgt geändert:

Im § 5 Abs. 1 zweiter Satz hat an die Stelle des Ausdruckes „siebeneinsechstelfache Stundenlohn“ der Ausdruck „siebenfache Stundenlohn“ zu treten.

Artikel III

Die Bestimmungen der Art. I und Art. II treten am 1. Jänner 1972 in Kraft.

Androsch

452. Kundmachung des Bundeskanzlers vom 9. Dezember 1971 betreffend den Beitritt von Barbados und der Türkei zum Übereinkommen vom 20. Juni 1956 über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland

Nach Mitteilung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen ist Barbados am 18. Juni 1970 und die Türkei am 2. Juni 1971 dem Übereinkommen über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland (BGBl. Nr. 316/1969, letzte Kundmachung betreffend den Geltungsbereich BGBl. Nr. 255/1970) beigetreten.

Kreisky

453.

Nachdem das am 6. März 1970 in London unterzeichnete Protokoll zur Abänderung des am 14. Juli 1961 in Wien unterzeichneten Vertrages zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, welches also lautet:

PROTOKOLL

ZUR ABÄNDERUNG DES AM 14. JULI 1961 IN WIEN UNTERZEICHNETEN VERTRAGES ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND ÜBER DIE GEGENSEITIGE ANERKENNUNG UND VOLLSTRECKUNG GERICHTLICHER ENTSCHEIDUNGEN IN ZIVIL- UND HANDELSSACHEN *)

Der Bundespräsident der Republik Österreich und Ihre Majestät die Königin des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland und Ihrer anderen Reiche und Gebiete, Haupt des Commonwealth (in der Folge als „Ihre Britannische Majestät“ bezeichnet),

Vom Wunsche geleitet, den von den Hohen Vertragsschließenden Parteien am 14. Juli 1961 zu Wien unterzeichneten Vertrag zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (in der Folge als „Vertrag“ bezeichnet) zu ergänzen,

Haben beschlossen, zu diesem Zweck ein Protokoll abzuschließen, und hiefür als ihre Bevollmächtigten ernannt:

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 224/1962

PROTOCOL

AMENDING THE CONVENTION BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND PROVIDING FOR THE RECIPROCAL RECOGNITION AND ENFORCEMENT OF JUDGMENTS IN CIVIL AND COMMERCIAL MATTERS, SIGNED AT VIENNA ON 14th JULY, 1961

The Federal President of the Republic of Austria and Her Majesty The Queen of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and of Her other Realms and Territories, Head of the Commonwealth (hereinafter referred to as “Her Britannic Majesty”);

Desiring to amend the Convention between the Republic of Austria and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland providing for the Reciprocal Recognition and Enforcement of Judgments in Civil and Commercial Matters signed by the High Contracting Parties at Vienna on 14th July, 1961 (hereinafter referred to as “the Convention”);

Have resolved to conclude a Protocol for that purpose, and to that end have appointed as their Plenipotentiaries:

Der Bundespräsident der Republik Österreich

für die Republik Österreich:

Dr. Josef A. Schöner, außerordentlicher
und bevollmächtigter Botschafter der
Republik Österreich in London,

Ihre Britannische Majestät

für das Vereinigte Königreich von Groß-
britannien und Nordirland:

George Morgan Thomson, M. P., Kanz-
ler des Herzogtums von Lancaster,

Die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten wie folgt übereingekommen sind:

ARTIKEL 1

Dem Artikel II des Vertrages wird ein neuer Absatz angefügt, der wie folgt lautet:

„(3) Einstweilen, bis zum Inkrafttreten des am 29. Juli 1960 in Paris unterzeichneten Pariser Übereinkommens über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des am 28. Jänner 1964 in Paris unterzeichneten Zusatzprotokolls im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland ist keine der Hohen Vertragsschließenden Parteien verpflichtet, gerichtliche Entscheidungen zu vollstrecken, die aus Anlaß von Körperverletzungen oder Sachschäden ergehen, die ihren Ursprung in einem nuklearen Ereignis haben. Die Bedeutung des Ausdrucks „nukleares Ereignis“ bestimmt sich ebenso wie die Beurteilung, was ein nukleares Ereignis darstellt, nach dem Recht des Gebietes, in dem die gerichtliche Entscheidung vollstreckt werden soll, oder nach den Bestimmungen eines in diesem Gebiet in Kraft stehenden internationalen Übereinkommens.“

ARTIKEL 2

Dieses Protokoll bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden sind in Wien auszutauschen. Das Protokoll tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und gilt fortan als Bestandteil des Vertrages. Es tritt mit dem Zeitpunkt außer Kraft, in dem das Pariser Übereinkommen über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des vorgenannten Zusatzprotokolls im Verhältnis zwischen den Hohen Vertragsschließenden Parteien in Kraft tritt.

Zu Urkund dessen haben die obgenannten Bevollmächtigten dieses Protokoll unterzeichnet.

The Federal President of the Republic of Austria:

For the Republic of Austria:

His Excellency Dr. Josef A. Schöner,
Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of the Republic of Austria
in London;

Her Britannic Majesty:

For the United Kingdom of Great Britain
and Northern Ireland:

The Right Honourable George Morgan
Thomson, M. P., Chancellor of the
Duchy and County Palatine of Lan-
caster;

Who, having communicated to each other their respective Full Powers, found in good and due form, have agreed as follows:

ARTICLE 1

A new paragraph shall be added to Article II of the Convention, as follows:

“(3) For the time being and until the Convention on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy signed at Paris on 29th July, 1960, as amended by the Additional Protocol signed at Paris on 28th January, 1964, shall have entered into force as between the Republic of Austria and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, neither of the High Contracting Parties shall be obliged to enforce judgments given in respect of injury or damage resulting from a nuclear incident. The meaning of the term “nuclear incident” or, alternatively, what constitutes a nuclear incident shall be determined by the law of the territory in which it is sought to enforce the judgment or with reference to the terms of any Convention in force in that territory.”

ARTICLE 2

The present Protocol shall be subject to ratification. Instruments of ratification shall be exchanged in Vienna. The Protocol shall enter into force one month after the date on which the instruments of ratification are exchanged and shall thereupon form an integral part of the Convention. It shall cease to be in force from the date the Paris Convention on Third Party Liability in the Field of Nuclear Energy as amended by the aforementioned Additional Protocol enters into force as between the High Contracting Parties.

In witness whereof the above-named Plenipotentiaries have signed the present Protocol.

Geschehen zu London in zwei Urschriften am 6. März 1970, in deutscher und englischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für den Bundespräsidenten der Republik Österreich:

Josef A. Schöner

Für Ihre Britannische Majestät:

G. M. Thomson

Done in duplicate at London this 6th day of March, 1970, in the German and English languages, both texts being equally authoritative.

For the Federal President of the Republic of Austria:

Josef A. Schöner

For Her Britannic Majesty:

G. M. Thomson

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident dieses Protokoll für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der darin enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Justiz und vom Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, am 9. September 1971

Der Bundespräsident:

Jonas

Der Bundeskanzler:

Kreisky

Der Bundesminister für Justiz:

Broda

Der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten:

Kirchschläger

Das vorstehende Protokoll ist gemäß seinem Artikel 2 am 24. Dezember 1971 in Kraft getreten.

Kreisky



AMTLICHE SAMMLUNG
WIEDERVERLAUTBARER
ÖSTERREICHISCHER RECHTSVORSCHRIFTEN

Bisher sind erschienen:

<p style="text-align: center;">1945:</p> <p>Heft 1: Österreichische Strafprozeßordnung vergriffen</p> <p>Heft 2: Österreichisches Strafgesetz S 10'—</p> <p>Heft 3: Vergnügungssteuergesetz für Wien.. S 1'—</p> <p style="text-align: center;">1949:</p> <p>Heft 1: Wohnungsanforderungsgesetz 1949.. S 1'50</p> <p>Heft 2: Lastverteilungsgesetz 1949 S 1'20</p> <p>Heft 3: Wuchergesetz 1949 S 1'—</p> <p>Heft 4: Jugendgerichtsgesetz 1949 S 2'—</p> <p>Heft 5: Staatsbürgerschaftsrecht 1949 S 1'50</p> <p>Heft 6: Gesetz über die bedingte Verurteilung 1949 S 1'20</p> <p style="text-align: center;">1950:</p> <p>Heft 1: Patentrecht 1950 vergriffen</p> <p>Heft 2/3: Verwaltungsverfahren Agrarverfahrens-Gesetz S 25'—</p> <p>Heft 4: Wiedereinstellungsgesetz 1950 S 4'—</p> <p>Heft 5: Epidemiegesetz 1950 S 7'—</p> <p>Heft 6: Preisregelungsgesetz 1950 S 4'—</p> <p style="text-align: center;">1951:</p> <p>Heft 1: Agrarbehördengesetz 1950 S 2'—</p> <p>Heft 2: Todeserklärungsgesetz 1950 S 3'—</p> <p>Heft 3: Paßgesetz 1951 S 6'—</p> <p>Heft 4: Kraftloserklärungsgesetz 1951 S 4'—</p> <p>Heft 5: Abgabeneinhebungsgesetz 1951 S 4'50</p> <p>Heft 6: Rechtsvorschriften auf dem Gebiete der Bodenreform S 16'—</p> <p>Heft 7: Arbeitshausgesetz 1951 S 5'—</p> <p>Heft 8: Vereinsgesetz 1951 vergriffen</p> <p>Heft 9: Suchtgiftgesetz 1951 S 4'—</p> <p>Heft 10: Giftgesetz 1951 S 6'—</p> <p>Heft 11: Lebensmittelgesetz 1951 S 14'—</p> <p style="text-align: center;">1952:</p> <p>Heft 1: Verwaltungsgerichtshofgesetz — VwGG. 1952 S 16'—</p> <p>Heft 2: Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz 1952 S 7'—</p> <p>Heft 3: Feuerschutzsteuergesetz 1952 S 4'—</p> <p>Heft 4: Lastverteilungsgesetz 1952 S 6'—</p> <p style="text-align: center;">1953:</p> <p>Heft 1: Einführungsgesetz zur Exekutionsordnung (EGEO.) vergriffen</p> <p>Heft 2: Invalideneinstellungsgesetz 1953 ... S 7'50</p> <p>Heft 3: Beförderungsteuergesetz 1953 ... S 5'—</p> <p>Heft 4: Markenrecht S 11'—</p> <p>Heft 5: Musterschutzgesetz 1953 S 5'50</p> <p>Heft 6: Verfassungsgerichtshofgesetz — VerfGG. 1953 S 12'—</p> <p>Heft 7: Versammlungsgesetz 1953 S 3'50</p> <p>Heft 8: Sozialversicherungs-Oberleitungsgesetz 1953 — SV-UG. 1953 S 28'—</p> <p>Heft 9: Verwaltergesetz 1952 S 7'—</p> <p>Heft 10: Wohnungsanforderungsgesetz 1953 . S 10'—</p> <p style="text-align: center;">1954:</p> <p>Heft 1: Eisenbahnteilnehmungsgesetz — Eisenb.Ent.G. 1954 vergriffen</p>	<p style="text-align: center;">1956:</p> <p>Heft 1: Arbeitsinspektionsgesetz 1956 — ArbIG. 1956 vergriffen</p> <p>Heft 2: Milchwirtschaftsgesetz 1956 S 7'50</p> <p>Heft 3: Getreidewirtschaftsgesetz 1956 S 6'50</p> <p>Heft 4: Viehverkehrsgesetz 1956 S 6'50</p> <p style="text-align: center;">1957:</p> <p>Heft 1: Nationalrats-Wahlordnung 1957 ... S 17'—</p> <p>Heft 2: Bundespräsidenten-Wahlgesetz 1957 S 7'—</p> <p>Heft 3: Bauarbeiter-Urlaubsgesetz 1957 S 4'50</p> <p>Heft 4: Bauarbeiter-Schlechtweiterentschädigungsgesetz 1957 vergriffen</p> <p>Heft 5: Preisregelungsgesetz 1957 S 10'—</p> <p>Heft 6: Rechtsvorschriften auf dem Gebiete des Kriegsofferversorgungswesens.. S 26'—</p> <p>Heft 7: Feiertagsruhegesetz 1957 S 8'—</p> <p>Heft 8: Hausbesorgerordnung 1957 S 6'—</p> <p>Heft 9: Gebührengesetz 1957 S 28'—</p> <p style="text-align: center;">1958:</p> <p>Heft 1: Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958 — ALVG. 1958 S 8'—</p> <p style="text-align: center;">1959:</p> <p>Heft 1: Arbeiterurlaubsgesetz 1959 S 2'80</p> <p>Heft 2: Nationalrats-Wahlordnung 1959 .. S 35'—</p> <p>Heft 3: Wasserrechtsgesetz 1959 — WRG. 1959 S 50'—</p> <p>Heft 4: Kartellgesetz 1959 S 15'—</p> <p style="text-align: center;">1960:</p> <p>Heft 1: Strafprozeßordnung 1960 S 16'—</p> <p style="text-align: center;">1961:</p> <p>Heft 1: Heimarbeitsgesetz 1960 S 62'—</p> <p style="text-align: center;">1962:</p> <p>Heft 1: Nationalrats-Wahlordnung 1962 ... S 44'—</p> <p>Heft 2: Bundespräsidenten-Wahlgesetz 1962 S 12'—</p> <p>Heft 3: Volksabstimmungsgesetz 1962 S 14'—</p> <p>Heft 4: Gerichtliches Einbringungsgesetz 1962 (GEG. 1962) S 10'—</p> <p>Heft 5: Gerichts- und Justizverwaltungsgebührengesetz 1962 (GJGebGes. 1962) S 40'—</p> <p style="text-align: center;">1964:</p> <p>Heft 1: Hebammenengesetz 1963 S 12'—</p> <p>Heft 2: Mühlengesetz 1963 S 14'—</p> <p style="text-align: center;">1965:</p> <p>Heft 1: Verwaltungsgerichtshofgesetz 1965 — VwGG. 1965 S 26'—</p> <p>Heft 2: Gebührenanspruchsgesetz 1965 — GebAG. 1965 S 30'—</p> <p style="text-align: center;">1968:</p> <p>Heft 1: Marktordnungsgesetz 1967 S 40'—</p> <p style="text-align: center;">1970:</p> <p>Heft 1: Wählerevidenzgesetz 1970 S 18'—</p> <p>Heft 2: Nationalrats-Wahlordnung 1970 .. S 62'—</p> <p>Heft 3: Patentgesetz 1970 S 52'—</p> <p>Heft 4: Markenschutzgesetz 1970 S 32'—</p> <p>Heft 5: Musterschutzgesetz 1970 S 18'—</p> <p style="text-align: center;">1971:</p> <p>Heft 1: Bundespräsidentenwahlgesetz 1971 S 22'—</p>
---	--

Zu beziehen in der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung
Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037), Tel. 72 61 51, und durch alle Buchhandlungen